

Informationsblatt nach Art. 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Der Oberbürgermeister
Stadtamt
Abteilung Ortsämter und Einwohnerangelegenheiten
Standesamtsaufsicht/Namensänderung
Charles-Darwin-Ring 6
18059 Rostock
E-Mail: standesamtsaufsicht@rostock.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Der Oberbürgermeister
Büro des Oberbürgermeisters-Behördlicher Datenschutz
18050 Rostock
E-Mail: datenschutz@rostock.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Zweck ist die öffentlich-rechtliche Namensänderung, die nur auf Antrag des Namensträgers erfolgt.

Rechtsgrundlage: Gesetz zur Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG), Verwaltungsvorschrift zum Gesetz zur Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndGVwV), Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (DV-NamÄndG)

Speicherdauer:

Vorgangsdaten zur Namensänderung sowie deren Beurkundung werden 30 Jahre aufbewahrt und anschließend dem Stadtarchiv zur Übernahme angeboten

Empfänger personenbezogener Daten:

Für die Antragsbearbeitung sind zu beteiligen:
Amtsgericht, Polizeidienststelle, Jugendamt

Nach Stattgabe der Namensänderung sind die personenbezogenen Daten mitzuteilen an:
Standesamt, Meldebehörde,
Polizeidienststelle, wenn dort Vorgänge über den Namensträger vorhanden sind
Amtsgericht, wenn der Namensträger im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft.
- d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Mecklenburg Vorpommern
Schloss Schwerin
Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Email: info@datenschutz-mv.de